

## Der Streit um die Zahlungsbedingungen

Den nachstehenden Schriftwechsel bringen wir hiermit zur Kenntnis unserer Mitglieder:

Schramberg, den 6. November 1923.

An den Zentralverband der Deutschen Uhrmacher, Halle (Saale).

Wir haben Kenntnis erhalten von dem Bericht Ihrer Vorstandssitzung vom 26. Oktober, wie er in Nr. 44 der „Uhrmacherkunst“ abgedruckt ist.

Wir erlauben uns, hierzu folgendes zu bemerken:

Wenn in dem Bericht ausgeführt ist, daß die Nichtentsendung wenigstens eines Vertreters durch den Wirtschaftsverband als kränkend für den Zentralverband empfunden wird, so können wir diese Stellungnahme nur bedauern.

Wie Ihnen durch Telegramm auf Ihre Einladung mitgeteilt worden ist, hatten wir bereits auf denselben Tag eine Vollsitzung der Fachgruppe Großuhren und Taschenuhren nach Donaueschingen anberaumt, die sich mit der von Ihnen beantragten Änderung der Zahlungsbedingungen beschäftigen sollte. Diese Sitzung war auch aus anderen Gründen unaufschiebbar.

Die Entsendung eines Vertreters hätte lediglich informatorische Bedeutung gehabt, da Ihnen bekannt ist, daß ein einzelner Vertreter bindende Erklärungen im Namen aller Mitglieder nicht abgeben kann. Außerdem sind bei den derzeitigen chaotischen Wirtschaftszuständen die wenigen leitenden Persönlichkeiten der Uhrenindustrie derart in Anspruch genommen, daß die Entsendung eines Vertreters nach Halle lediglich zu informatorischen Zwecken nicht angängig war.

Wir waren der Überzeugung, daß unter den obwaltenden Umständen eine schriftliche Unterrichtung ausreichen müßte, zumal doch in kürzester Frist eine Änderung unseres Zahlungsmittelwesens zu erwarten ist, die eine Neueinstellung des gesamten inländischen Geschäftsverkehrs notwendig machen wird.

Wenn Sie bedenken, daß unsere Fabriken außer der Sorge um die Fortführung und Aufrechterhaltung der Betriebe noch die schwere Bürde, für die Existenzmöglichkeit und Ruhe von rund 25 000 Arbeitern einzustehen, auf ihren Schultern lasten haben, so wird jeder erkennen, der nur oberflächlich unsere heutige Lage überschaut, daß die Inanspruchnahme der Betriebsdirektoren außerordentlich groß ist. Von einer absichtlichen Kränkung des Zentralverbandes kann nicht im entferntesten die Rede sein, was wir hiermit ausdrücklich aussprechen möchten.

Bezüglich der von Ihnen aufgestellten Zahlungsbedingungen müssen wir auf unsere neu redigierten Bedingungen verweisen, die Ihnen bereits zur Kenntnisnahme übersandt sind. Wir müssen von vornherein erklären, daß unsere Fabriken nur zu den von uns aufgestellten Bedingungen verkaufen können. Unsere Bedingungen sind unseres Erachtens für den Abnehmer insofern günstiger, als er bei Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln bis auf weiteres den Kurs am Vortage der Zahlung zugrunde legen darf, so daß er auf alle Fälle seine Rechnung glattstellen kann, ohne befürchten zu müssen, eine Nachberechnung zu erhalten, wie dies bei Ihren Bedingungen vorgesehen ist.

Ihr Beschluß, daß Ihre Mitglieder des Wirtschaftsausschusses den Sitzungen fernbleiben werden, ist uns insofern nicht recht verständlich, als doch der Wirtschaftsausschuß eine Einrichtung darstellt, die hauptsächlich im Interesse der Abnehmerverbände geschaffen ist. Wenn die Abnehmerverbände daran kein Interesse haben, so ist unser Interesse daran ohne weiteres hinfällig, eine Stellungnahme, die sich logischerweise aus dem Sinn und Zweck der ganzen Einrichtung ergeben muß. Wenn wir wissen, daß die anberaumten Sitzungen des Wirtschaftsausschusses von Ihren Mitgliedern nicht mehr beschickt werden, so wird es überflüssig sein, derartige Sitzungen einzuberufen.

Wir dürfen zum Schluß nochmals betonen, daß wir auch bei Festsetzung unserer neuen Lieferungs- und Zahlungsbedingungen sowie der Preishöhe unserer Erzeugnisse den Interessen unserer Abnehmer so weit entgegengekommen sind, als wir es verantworten können.

\*) Deutsche Uhrmacher-Zeitung, Jahrg. 1923, Nr. 44.

Wir dürfen wohl bitten, daß Sie diesen Brief in geeigneter Weise Ihren Mitgliedern ebenfalls bekanntgeben.

Hochachtungsvoll

Fachgruppe Großuhren des Wirtschaftsverbandes der Deutschen Uhrenindustrie

Die Geschäftsstelle: gez. Dr. Dienst.

\* \* \*

Halle a. S., am 17. November 1923.

An den Wirtschaftsverband der Deutschen Uhrenindustrie, Berlin;

An die Fachgruppe Großuhren, Schramberg;

An die Fachgruppe Taschenuhren, Ruhla i. Th.

Der Wirtschaftsausschuß ist seit seinem Bestehen nicht nur in Vollsitzungen, sondern auch in einem engeren Kreis zusammengetreten, und Sie haben des öfteren Veranlassung genommen, sowohl den Groß- wie den Einzelhandel in aller Eile, meistens durch Telegramm, nach einem für diese Beteiligten weit entfernten Ort — Donaueschingen — einzuladen, um zur damaligen Zeit lediglich Preiserhöhungen zur Kenntnis zu nehmen.

Der Wirtschaftsausschuß ist — darin stimmen wir vollständig mit Ihnen überein — diejenige Instanz, um alle drei Parteien zum Zweck von Verhandlungen über wichtige Fachfragen zu vereinigen. Eine solche Angelegenheit war ohne jeden Zweifel diejenige der Zahlungsbedingungen, bei welcher sowohl der Groß- wie der Einzelhandel das Recht für sich in Anspruch nehmen mußte, seine Wünsche und Interessen wenigstens ausführlich vorzutragen zu können, um eine Verhandlung herbeizuführen, welche den Belangen des Uhrengewerbes allgemein Rechnung trägt. Wir haben in durchaus logischer Wahrnehmung dieses Grundsatzes wiederholt die Anberaumung einer Vollsitzung des Wirtschaftsausschusses beantragt, um eine Abänderung der Zahlungsbedingungen vorzunehmen, und haben, als Sie dies ablehnten, wenigstens zweimal versucht, eine Besprechung irgendeines engeren Kreises zu erzielen. Indem wir wiederholt darauf hinweisen, daß sowohl unser Antrag auf Anberaumung einer Vollsitzung wie unsere beiden Einladungen zur Abhaltung einer engeren Kommissionssitzung von Ihnen abgelehnt worden ist, müssen wir feststellen, daß die „Festsetzung“ von neuen Zahlungsbedingungen, wenn auch unter Benutzung eines schriftlichen Entwurfes unsererseits, nicht dem Prinzip entspricht, welches das gesamte Uhrengewerbe durch die Begründung des Wirtschaftsausschusses geplant und auch formell bisher durchgeführt hatte.

Wir weisen ferner ausdrücklich darauf hin, daß fernere Wirtschaftsausschuß-Sitzungen von uns werden beschickt werden, wenn auch vorläufig nur durch einen Vertreter. Wir wollen damit den Mitgliedern unseres Handelsausschusses die persönlich ungemünzte Position mildern, welche darin bestehen würde, daß die in ihrem Namen ergangenen Bitten um Zusammenkünfte der oben geschilderten Art abgelehnt wurden, sie dagegen in Zukunft zu vielleicht nach ihrer Meinung ungleich unwichtigeren Besprechungen zusammengerufen werden. Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß wir wohl für die uns hochwichtige Frage der Zahlungsbedingungen die Kosten der Teilnahme unserer Mitglieder auf uns genommen hätten, es uns aber vorläufig versagen müssen, bis zur Klärung der Sachlage Spesen aufzubringen, welche von der Uhrmacherschaft als unnötig empfunden werden könnten. Wir stellen daher nochmals ausdrücklich fest, daß eine zukünftige Sitzung des Wirtschaftsausschusses von uns beschickt werden wird.

Zum Schluß möchten wir erwähnen, daß nach unserer Überzeugung gerade die chaotischen Wirtschaftszustände ein Zusammenarbeiten aller Gruppen bedingen, daß aber die Nichtachtung eines Teiles eines bedeutenden Gewerbes, wie sie in Ihrer Stellungnahme zu unseren Einladungen erblickt werden muß, diesem Zusammenwirken diametral entgegensteht.

Hochachtungsvoll

Zentralverband der Deutschen Uhrmacher (E. V.)

gez.: W. König, Verbandsdirektor.